

Adel auf der Flucht - und das Leben danach: Überlegungen zu einer Erfahrungsgeschichte einer speziellen Flüchtlingsgruppe nach 1944

Plato, Alexander von

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Plato, A. v. (2014). Adel auf der Flucht - und das Leben danach: Überlegungen zu einer Erfahrungsgeschichte einer speziellen Flüchtlingsgruppe nach 1944. *BIOS - Zeitschrift für Biographieforschung, Oral History und Lebensverlaufsanalysen*, 27(1-2), 262-277. <https://doi.org/10.3224/bios.v27i1-2.22130>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more Information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Adel auf der Flucht – und das Leben danach

Überlegungen zu einer Erfahrungsgeschichte einer speziellen Flüchtlingsgruppe nach 1944

Alexander von Plato

Zusammenfassung

Eine erfahrungsgeschichtliche Untersuchung über den geflohenen Adel gibt es noch nicht. Auch ich habe nicht speziell über adlige Flüchtlinge gearbeitet, aber in meinen allgemeinen Forschungen über Flüchtlinge und Vertriebene oder in meinen anderen erfahrungsgeschichtlichen Arbeiten zur Nachkriegszeit, besonders im Ruhrgebiet oder in Dresden und zur Wiedervereinigung sind mir auch adelige Vertriebene und Flüchtlingen „untergekommen“. Der Beitrag stellt Daten und Rahmenbedingungen von Flucht und Vertreibung nach dem Zweiten Weltkrieg mit Blick auf die besonderen Erfahrungen des Adels vor und eröffnet Fragenkomplexe für eine erfahrungsgeschichtliche Untersuchung.

Einleitung: Der Rahmen¹

Der Fall war tief: Der deutsche Adel aus den Gebieten östlich der Oder und Neiße sowie aus der Sowjetischen Besatzungszone verlor 1945 und danach Besitz, Privilegien, gesellschaftliche Stellung und politischen Einfluss. Aber, um im Bild zu bleiben, wie „schlug er auf“? Wie entwickelten sich die Angehörigen dieses „Standes“, die zumeist in den Westen flohen, nach dem Zweiten Weltkrieg, welche Erfahrungen machten sie in der neuen Demokratie?

Die Flucht und die Vertreibung der Angehörigen des deutschen Adels gliedert sich ein in die Flucht und Vertreibung von mindestens 14 Millionen Deutschen am Ende des Zweiten Weltkrieges bzw. danach und – weiter gefasst – in die Umsiedlungen nach ethnischen oder nationalen Zuordnungen im 20. Jahrhundert.²

1 Seit 1980 habe ich mich immer wieder mit Flucht und Vertreibung am Ende des Zweiten Weltkrieges im Rahmen der Fluchtbewegungen in Europa im 20. Jahrhundert befasst. Vgl. dazu Plato 1984, 1992 (zusammen mit Wolfgang Meinicke); 1995, 2000, 2006 und ²2010 (zusammen mit Almut Leh). Auf diese Arbeiten stütze ich mich hier in den allgemeinen Ausführungen zu Umsiedlungen, Flucht und Vertreibungen. Mit dem Adel auf der Flucht habe ich mich erst in jüngster Zeit beschäftigt, und zwar auf Anregung des Adelsforschers Joseph Matzerath (Dresden) und dessen Kolleginnen Sophie von Kuenheim und Silke Marburg. Sie baten mich nach diesen Diskussionen um einen Vortrag meiner Thesen auf der Konferenz „Projektionsflächen von Adeligkeit“ in Marburg Ende 2011, auf dem dieser Aufsatz basiert.

2 Vorgeschichte und Verlauf der Flucht und Vertreibung sind in den letzten Jahrzehnten vielfach bearbeitet worden, so früh von Theodor Schieder (1954-1961), Bernhard Pfister (1955) in der Reihe der Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften Kollai (1959),

Flucht vor Armeen oder Unterdrückung, gezielte Vertreibungen oder Umsiedlungen gab es nicht erst mit der Flucht der Deutschen am Ende des Zweiten Weltkrieges. Wesentlich und beispielhaft für solche „ethnischen Lösungen“ waren die Umsiedlungen nach dem Versailler Vertrag (1919) bzw. den Folgeverträgen von St. Germain (1919, Österreich betreffend), von Trianon (1920, Ungarn) oder von Sèvres (1920, das Osmanische Reich) und Flucht bzw. Vertreibung im und nach dem Krieg zwischen Griechenland und der Türkei (dem Osmanischen „Restreich“) 1919-1922.

Die Besetzung der Tschechoslowakei Ende der 1930er Jahre durch deutsche (und ungarische) Truppen führte zur Flucht von einer unbekannten Zahl von Tschechen, besonders von tschechischen Juden und Roma oder deren Verschleppung. In Deutschland wurden um die 300.000 deutsche Juden unter der nationalsozialistischen Diktatur in die Emigration gezwungen. Ca. 65.000 österreichische Juden sind während des „Dritten Reiches“ umgebracht worden. (Benz 2000: 228 f.)

Nach dem Hitler-Stalin-Pakt und dem „geheimen Zusatzabkommen“ eine Woche vor dem Beginn des Zweiten Weltkrieges wurde sowohl von sowjetischer wie von deutscher Seite eine Okkupationspolitik betrieben, die den ganzen Zwischengürtel zwischen den Großmächten betraf, von Karelien und dem Baltikum über Galizien und die Bukowina bis hin zu Bessarabien bzw. Moldawien. Es wurden „demographische Umgruppierungen“ in den nun abgesteckten sowjetischen bzw. deutschen Einfluss-sphären vorgenommen.

Schätzungen sprechen von ca. 1,2 Mio. Polen, die ihre Heimat verlassen mussten, wobei verschleppte Juden nicht eingeschlossen sind. Ungefähr 400.000 Deutsche kamen in das sogenannte Altreich. In der „Heim-ins-Reich“-Aktion der deutschen nationalsozialistischen Regierung, wurden ca. 800.000 sogenannte Volksdeutsche aus anderen Staaten „heimgeholt“, wie es in der damaligen Sprache hieß, wobei der „Anschluss“ Österreichs oder die Einverleibung des Sudetenlandes nicht mit gemeint waren. Die Hälfte von diesen 800.000 war 1944 in den besetzten Ostgebieten angesiedelt worden, während die andere Hälfte ein Flüchtlingsdasein in provisorischen Unterkünften im „Altreich“ fristete. Ein Teil dieser neu angesiedelten Personen wurde später bei Kriegsende erneut umgesiedelt oder vertrieben. Sie erhielten auch zumeist den Status als Vertriebene, sind aber z.B. aus polnischer Perspektive keine „wirklichen“ Vertriebenen.

In die während des Krieges von der deutschen Wehrmacht besetzten Ostgebiete, meistens in Polen, aber auch auf dem Balkan, im Baltikum und in der UdSSR, kam im Zuge der nationalsozialistischen Volk-ohne-Raum-Ideologie eine immer noch nicht bekannte Zahl von „Reichsdeutschen“ und siedelte sich, häufig entsprechend strategischer Pläne des „Dritten Reichs“, dort an. Immerhin weiß man, dass noch 1950 ca. 686.000 Personen in der Bundesrepublik registriert waren, die erst nach 1939 in die sogenannten Vertreibungsregionen gekommen waren (das ist die Definition von Flüchtlingen). Auch sie wurden wieder ausgesiedelt, aber sie sind wohl – nicht nur

Edding (1959), Spiethoff (1955), Stahlberg (1957) und De Zayas (1977). Außerdem Waldmann (1979) und Benz (1985), darin von Benz die einleitenden Bemerkungen unter dem Titel: „Vierzig Jahre nach der Vertreibung“ und der Aufsatz „Der Generalplan Ost. Zur Germanisierungspolitik des NS-Regimes in den besetzten Ostgebieten 1939–1945“. Weiterhin Lehmann (1991), Hoffman/Krauss/ Schwartz (2000) und, jüngst erschienen, die Arbeit von Douglas (2012), die sich vor allem an eine anglo-amerikanische Leserschaft richtet und kaum die bisherige deutsche, polnische oder tschechische Forschung berücksichtigt.

aus polnischer Sicht – keine Vertriebenen, denn sie kamen in ihre alte Heimat zurück und wurden nicht in eine neue vertrieben. Aber immerhin: Sie haben Vertreibungs- und Fluchterfahrungen.

Bereits im Februar/März 1944 gab es 825.000 Evakuierte, die aus den bombengefährdeten deutschen Großstädten in Gebiete östlich der Oder und Neiße evakuiert worden waren, und bald müssen es erheblich mehr gewesen sein. Insgesamt waren von den 22,5 Mio. Großstadtbewohnern des Deutschen Reiches ca. 7,5 Mio. – überwiegend Frauen und Kinder – evakuiert worden, also eine nicht unerhebliche Zahl. Von ihnen waren noch im April 1947 ca. 3,1 Mio. nicht wieder in ihre ursprüngliche Heimat zurückgekehrt. (Plato/Leh ²2010: 25 ff.).

Mindestens 14 Millionen der „Fremd“- bzw. Zwangsarbeiter gehören ebenfalls in diesen Zusammenhang, denn noch bei Kriegsende waren ca. 8 bis 10 Millionen in Deutschland und mussten nun „rückgeführt“ werden. (Plato/Leh/Thonfeld 2008: 9-23).

Erster Teil: Flucht und Vertreibung um 1945

Millionen von Deutschen flohen vor der Roten Armee und ihren Verbündeten in Ost- und Mitteleuropa oder waren nach Artikel 13 des Potsdamer Abkommens in die vier Besatzungszonen vertrieben worden, in denen bereits Chaos in der Versorgung, Wohnraumangel, Hunger und Kälte herrschten.

Insgesamt sollen zwischen 11 und 18 Millionen³ Menschen um das Ende des Zweiten Weltkrieges vor der Roten Armee geflohen, nach Vereinbarungen zwischen der UdSSR und Polen 1945 oder nach dem Artikel 13 des Potsdamer Abkommens aus- oder umgesiedelt worden sein. Frühe Schätzungen westdeutscher Historiker, die auf dem Vergleich demographischer Zahlen vor und nach 1945 basierten, gingen davon aus, dass bis zu zwei Millionen Menschen bei der Flucht umkamen. Diese Zahlen werden heute als zu hoch angesehen. Tschechische und polnische Autoren gehen von 30.000 bis 40.000 Toten aus, spätere deutsche Schätzungen von 120.000 (so Křen 1996), R. M. Douglas im Jahre 2012 von maximal 500.000. (Douglas 2012).

Bei der Volkszählung vom 13. September 1950 wurden in der Bundesrepublik Deutschland 7.977.000 Vertriebene gezählt. Davon stammten:

4.541.000	oder 56,9 %	aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten,
1.918.000	oder 24,0 %	aus der Tschechoslowakei,
650.000	oder 8,2 %	aus der ehemaligen Republik Polen und der Freien Stadt Danzig,
639.000	oder 8,0 %	aus Ost- und Südosteuropa,
229.000	oder 2,9 %	oder 2,9 %.

(Kleßmann ⁵1991: 41)

3 Die Zahl von 18 Mio. Flüchtlingen, eine der höchsten überhaupt, ist mir erstaunlicherweise im Nachlass von Wilhelm Pieck begegnet, also im Nachlass des Ministerpräsidenten der DDR, der zugleich mit Otto Grotewohl der erste Chef der SED war. Er schrieb diese Zahl von 18 Millionen in das Manuskript einer Rede von 1947, die er auch gehalten haben soll. (Bundesarchiv, SAPMO-BArch. NY 4036-726, Bl. 1-2). Die höchste Schätzung von 18,1 Mio. stammt vom Schweizerischen Roten Kreuz aus dem Jahre 1949 (zitiert bei de Zayas 1977: 199).

1970 hatte sich die Zahl der Vertriebenen auf 9.598.000 erhöht, 1985 (vermutlich inkl. der Aussiedler) wurden 10.750.000 gezählt (Reichling 1989: 14).

Die Sowjetische Besatzungszone bzw. die DDR taucht in diesen Zahlen nicht auf, wobei dort die Aufnahmequote am höchsten war⁴: 10,72 Mio. Umsiedler gab es Anfang Januar 1948 nach einer Statistik der sowjetischen Militäradministration in den vier Besatzungszonen insgesamt; davon

4,38 Mio.	= 40,9 %	(1949: 37,2 %)	in der SBZ,
3,32 Mio.	= 31,0 %	(1949: 32,8 %)	in der britischen,
2,96 Mio.	= 27,0 %	(1949: 28,2 %)	in der amerikanischen,
0,06 Mio.	= 0,6 %	(1949: 1,4 %)	in der französischen Besatzungszone.

Der Anteil der „Umsiedler“ an der Gesamtbevölkerung betrug:

24,3 %	(1949: 24,2 %)	in der sowjetischen,
17,7 %	(1949: 18,1 %)	in der amerikanischen,
14,5 %	(1949: 15,9 %)	in der britischen,
1,0 %	(1949: 3,0 %)	in der französischen Besatzungszone. ⁵

In manchen Ländern der SBZ/DDR betrug der Anteil der Umsiedler an der Bevölkerung über 40%, wie in Mecklenburg (mit 42 %). In den Westzonen waren es vor allem Schleswig-Holstein (ca. 33 %), Niedersachsen und Bayern, die die meisten Flüchtlinge aufnahmen. In andere Gebiete kamen sie erst spät, weil dort Zuzugsbeschränkungen bestanden, wie z.B. im Ruhrgebiet.

Im Artikel 13 des Potsdamer Abkommens wird die Aussiedlung aus den ehemaligen Reichsgebieten in Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei festgelegt, und zwar mit der Absicht einer „geordneten und humanen Umsiedlung“.⁶

Der Alliierte Kontrollrat ging im November 1945 von 6,65 Mio. Deutschen aus, die insgesamt umzusiedeln seien. Davon sollten 2,75 Mio. in die SBZ, 2,25 in die US-Zone, 1,5 Mio. in die Britische und 150.000 in die Französische Zone gebracht werden (Plato 2006). Die Bedingungen waren allerdings in allen Besatzungszonen katastrophal bei starken Unterschieden zwischen Stadt und Land, so dass die Militärregierungen die meisten Vertriebenen in ländliche Regionen schickten.

Alfred M. de Zayas schätzte für das Jahr 1966 die Gesamtzahl der Vertriebenen auf 14,6 Mio., davon in der Bundesrepublik Deutschland 10,6 Mio., 3,5 Mio. in der DDR⁷ und 0,5 Mio. in Österreich u.a. westlichen Ländern. Douglas geht von 14 Mil-

4 Allgemein zur SBZ/DDR-Flüchtlingsproblematik siehe Plato/Meinicke 1992.

5 Die Zahlen für 1948 stammen vom Umsiedleramt in Sachsen aus dem Jahre 1948, das sich seinerseits auf eine Statistik der sowjetischen Militäradministration stützte. Zitiert nach dem Aufsatz der DDR-Historikerin Regine Just (1987), die auch ihre Dissertation zu diesem Thema schrieb (Just 1985). In beiden Arbeiten stützt sie sich vor allem auf das Staatsarchiv Dresden und das Bezirksparteiarchiv der SED Dresden. Die Zahlen für 1949 sind zitiert nach Meinicke 1988: 868.

6 Daher der Titel von Douglas: „Orderly and Humane“ in der englischen oder „Ordnungsgemäße Überführung“ in der deutschen Ausgabe (Douglas 2012).

7 Seit 1945 waren viele Umgesiedelte aus der SBZ und frühen DDR geflohen oder nach einigen Jahren weitergezogen, vermutlich mehr als 1 Mio. Eine genaue Bezifferung ist kaum möglich, weil sie nur nach mehr oder minder kurzen Aufenthalten weiter zogen. Von 1945 bis 1961 waren es 2,7 Mio. Personen insgesamt, also nicht nur Vertriebene (Plato/Leh 2010: 26, Lehmann 1991: 21 f.).

lionen aus. Hinzu kommen die Toten, die heute – wie erwähnt – mit ca. 120.000 bzw. 500.000 angegeben werden.

Obwohl oder weil die Sowjetische Besatzungszone bzw. die DDR die meisten Flüchtlinge aufzunehmen hatte, wurden sie dort offiziell ab Anfang der 1950er Jahre nicht mehr statistisch geführt. Der Hauptgrund für die amtlich verordnete Ignoranz dürfte jedoch gewesen sein, dass damals in der Bevölkerung wohl die Sowjetunion als Hauptverursacherin der Vertreibung gesehen wurde.

Einige Besonderheiten der Form der Flucht

Die ersten Fluchtbewegungen folgten im Osten der Entwicklung des Frontverlaufs; daher verliefen sie zunächst „ungeordnet“ mit dem Näherrücken der östlichen Fronten zumeist gegen den Willen der örtlichen Behörden, dann auf Befehl der deutschen Besatzungsbehörden oder der Bürgermeister und Landräte sowie der nationalsozialistischen Führer wie der Ortsbauernführer. Auch die ersten großen Trecks aus Ostpreußen und aus dem Baltikum zogen Ende 1944, Anfang 1945 gen Westen. Die offiziellen Vertreibungen vor allem auf Grundlage von Artikel 13 des Potsdamer Abkommens folgten im Sommer 1945 und hatten ihre höchsten Zahlen im Frühjahr 1946.

Die Organisation der Flucht auf privater Ebene übernahmen vor allem Frauen und alte Männer, manchmal auch Halbwüchsige, da die meisten Männer zwischen 19 und 40 eingezogen waren.

Bezogen auf die Integration in die Aufnahmegesellschaft ist festzustellen, dass es den Flüchtlingen in allen wesentlichen Bereichen wie Wohn-, Arbeits-, Gesundheits- und Ausbildungssituation über Jahre schlechter ging als den Einheimischen, und zwar im Osten wie im Westen. Allerdings sind Vergleichszahlen dazu in der DDR kaum zu finden, da, wie schon erwähnt, seit Anfang der 1950er Jahre die Umgesiedelten in den Statistiken nicht mehr gesondert aufgeführt wurden.

Die Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone und die Folgen

Für die sowjetische Besatzungszone bzw. die DDR war die hauptsächliche Besonderheit die Bodenreform und die bevorzugte Landvergabe an Flüchtlinge zur Schaffung von Neubauernstellen. Dafür waren große Güter des Adels („Junkerland in Bauernhand“) und der Großbauern über 100 ha enteignet worden und zur Verteilung gekommen. Landarbeiter, Arbeiter und Flüchtlinge wurden bei der Landvergabe bevorzugt.

Bis zum 1. Oktober 1947 nahmen 85.701 Umsiedler eine Neubauernstelle an und erhielten insgesamt 708 338 ha Land. Im März 1950 waren rund 43 Prozent der Neubauern Flüchtlinge. Ihr Anteil an den Nutznießern der Bodenreform lag damit weit über ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung. Zählt man die Familienmitglieder hinzu, so waren rund 350.000 Personen oder 8 Prozent aller Umsiedler in den Genuss der Bodenreform gekommen.⁸

Trotz der Gewinnung von Boden und Möglichkeiten der Ernährung und Arbeit begannen damit auch die Schwierigkeiten der Existenzneugründung. Es ging um die Ausstattung der Wirtschaften mit den unbedingt notwendigen landwirtschaftlichen

⁸ Alle in diesem Abschnitt genannten Zahlen stützen sich auf ein Manuskript von Wolfgang Meinicke, das er für Alexander von Plato und Almut Leh (2010) schrieb.

Geräten, den Besatz an Vieh, ja vor allem erst einmal um die Bereitstellung von Wohnhäusern, Stallungen und Scheunen. Diese blieb aber in jeder Beziehung unzureichend, so dass zu fragen bleibt, ob hier überhaupt von Bauernwirtschaften im eigentlichen Sinn des Wortes gesprochen werden kann.

Insgesamt gab es durch die Bodenreform eine Diskrepanz zwischen dem Anspruch, die landwirtschaftliche Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten, und den vorhandenen technischen Möglichkeiten, der Ausgabe von Saatgut oder der Errichtung von Stallungen usw. Die Ausgangsbedingungen der einzelnen Gruppen von Bauern waren und blieben auf viele Jahre sehr unterschiedlich, eine weitere soziale Differenzierung auf dem Lande war damit unausweichlich.

Der tägliche Kampf um das Überleben der eigenen Wirtschaft bestimmte das Handeln der Umsiedler-Neubauern selbst noch fünf Jahre nach der Bodenreform. Von einer wirklichen Konsolidierung ihrer Neubauernwirtschaften waren sie weit entfernt. Am 1. Oktober 1950 besaßen rund 41.600 von ihnen noch kein eigenes Wohnhaus (45 Prozent) und etwa 43.800 keine eigenen Ställe (48 Prozent). Im Ansehen der Dorfbewohner blieben die Neubauern jedoch weiter die „Flüchtlinge“, die, die „nichts hatten“.

Diese Situation veranlasste in den folgenden Jahren eine ganze Reihe von Neubauern, ihre Höfe wieder aufzugeben. Allein im Zeitraum von 1946 bis 1952 betraf das rund 80.600 Neubauernstellen, immerhin über 38 Prozent aller eingerichteten Neubauernstellen in der SBZ. Diese Größenordnung verdeutlicht, dass die Bodenreform nur zum Teil den gewünschten Erfolg hatte. Die Möglichkeiten der Nachkriegszeit blieben zu begrenzt, um allen Neubauern günstige Startbedingungen zu eröffnen. Hinzu kam, dass manche Neubauern auch an der eigenen Unfähigkeit, an der mangelnden Qualifikation als Berufsfremder und an anderen Umständen scheiterten. Daher ist es nicht erstaunlich, dass vermutlich zwischen einem Drittel und der Hälfte der Umgesiedelten in der näheren und weiteren Nachkriegszeit aus der DDR in den Westen weiter zogen.

Ein Jahr nach Gründung der DDR wurde – sicherlich in Konkurrenz zum westdeutschen Lastenausgleich – das „Gesetz über die weitere Verbesserung der Lage der ehemaligen Umsiedler“ erlassen (8. September 1950). Es gewährte allen bedürftigen Umsiedlerfamilien einen zinslosen Kredit bis 1.000 Mark für die Beschaffung von Möbeln und Hausrat. Bis zum 30. Mai 1953 erhielten daraufhin fast 700.000 Familien diesen Kredit in einer Gesamthöhe von mehr als 400 Millionen Mark.

Das wesentliche Element, das die Eingliederung von Flüchtlingen und Vertriebenen zumindest erleichterte, war die Entwicklung des Arbeitsmarktes besonders in der Bundesrepublik. Aber auch in der DDR gab es einen, wenn auch langsameren Aufschwung und Aufbau – besonders wenn man sich vergegenwärtigt, dass die Masse der Deutschen in Ost und West nach dem Krieg von einem länger andauernden Elend ausgegangen waren. Die DDR erholte sich im Übrigen schneller als die meisten osteuropäischen Staaten, die die deutschen Truppen nur wenige Jahre zuvor besetzt hatten.

Die ganz andere Dimension

Neben den genannten Bedingungen, die die Durchmischung und Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen beschleunigten, gibt es eine ganz andere Dimension dieser Eingliederung, nämlich die häufig ähnlichen Probleme der Einheimischen trotz

aller schrecklichen Bedingungen des Heimatverlustes und Flucht auf der Seite der Flüchtlinge:

Die Einheimischen, insbesondere die in den Industriestädten, mussten ebenso wie die Vertriebenen den Krieg, den Nationalsozialismus und die politischen Umorientierungen nach der Niederlage des Faschismus verarbeiten. Auch die meisten Einheimischen hatten Tote, Kriegsversehrte, Spätheimkehrer zu beklagen, viele waren durch Ausbombungen oder Evakuierungen „entwurzelt“ und irgendwo auf dem Lande, zumeist im Osten, untergebracht worden; viele hatten den Verlust ihrer nationalsozialistischen Orientierung und die Verbrechen des NS-Regimes zu verkraften bzw. die Strafen der Siegermächte hinzunehmen. Alle mussten sich in der Nachkriegsnot zurechtfinden, lebten in den Städten mit bis zu 30 % unvollständigen Familien, mussten auf dem Lande hamstern, klauen und „organisieren“.

Daher scheint mir die folgende These geradezu evident zu sein: Die Einpassung von Vertriebenen und Einheimischen erfolgte u.a. deshalb so unblutig und relativ rasch, weil sich beide Seiten – Einheimische wie Umgesiedelte – in einer „neuen Fremdheit“ der Nachkriegsgesellschaft zurechtfinden mussten, beide Seiten waren in ihrem Lebenspragmatismus vor ähnliche Probleme gestellt.

So allgemein gilt dies auch für den Westen. In der Sowjetischen Besatzungszone bzw. der DDR mussten sich beide Seiten, Einheimische wie Vertriebene, über die allgemeine Umorientierung hinaus in extremer Weise politisch und gesellschaftlich neu orientieren: an den sozialistischen Zielen und Normen, an der Freundschaft mit der UdSSR, vor der man gerade noch geflohen war – kurz man musste in einer von der ungeliebten Besatzungsmacht eingesetzten „Erziehungsdiktatur“ zurechtkommen. Einheimische wie Vertriebene, insbesondere die Jugendlichen, fanden sich in neuen gemeinsamen Massenorganisationen zusammen, die eben nicht nach Flüchtlingen und Eingesessenen unterteilt waren.

Und beide Seiten hatten die Flucht vieler Verwandte, Freunde, Kollegen und Nachbarn in den Westen zu verarbeiten, den 17. Juni und den Mauerbau und – vielleicht als wichtigstes – den gegenüber dem Westen zurück bleibenden Lebensstandard. Diese gemeinsame Fremdheit dürfte eben auch ein Näherrücken zur Folge gehabt haben, ebenso wie die Anpassungsmechanismen, die Kontinuität der „Durchwieselei“ durch immerhin zwei autoritäre Regime.

Da die Flüchtlinge und Vertriebene in Ost und West den Verlust ihrer bisherigen Existenz zu kompensieren hatten, waren sie besonders fleißig und aktiv, um ihre früheren Lebensbedingungen wieder zu erreichen. Sie waren auch besonders mobil, und zwar sowohl sozial wie lokal. Viele mussten die ersten Jahre berufsfremd arbeiten, wenn sie überhaupt Arbeit fanden, versuchten Weiterbildungen und Umschulungen; viele von ihnen stiegen bald auch in ihren neuen Berufen auf und waren hochmobil bei der Annahme von Arbeiten an anderen Orten und nahmen dabei lange Trennungen von ihren Familien in Kauf. Flüchtlinge durften sich zwar zunächst in Ost und West nicht politisch organisieren, aber sie trugen dazu bei, dass die früheren Honorationsstrukturen in ihrer „neuen Heimat“ durchbrochen wurden und nicht selten – gerade im Vergleich zu Frankreich oder England – erodierten. In diesem Sinne kann man davon sprechen, dass die Flüchtlinge und Vertriebenen wesentlich zur

Modernisierung der Gesellschaft in der Bundesrepublik und wohl auch in der DDR beitrugen.⁹

Zweiter Teil: Der geflohene Adel

Die Ähnlichkeiten in den Berichten von Flucht und Vertreibung im Allgemeinen und in denen von adligen Befragten im Besonderen sind groß, was den Heimat- und den Existenzverlust, die Anstrengungen und Demütigungen der Flucht selbst, die Schwierigkeiten des Neuaufbaus und das berufsfremde Arbeiten betrifft. Dennoch gibt es einige Besonderheiten.

Zunächst einmal fand – wie eingangs erwähnt – der Fall des Adels aus großer Höhe statt. Sein Niedergang, also der Verlust an Besitz, sozialer Lage und Einfluss in Politik, Militär und Diplomatie, war schon nach dem Ende des Ersten Weltkriegs zu beobachten gewesen, beschleunigte sich in den Wirtschaftskrisen der Weimarer Zeit und am Ende des Zweiten Weltkriegs vor allem in Ost- und Mitteldeutschland. In Ostpreußen, im Baltikum und in den früheren deutschen Gebieten östlich der Oder und Neiße wurden 1944/45 die alten Güter und Besitztümer von den sowjetischen und polnischen Siegern in Besitz genommen, nachdem sie zumeist spät verlassen worden waren. Ganze Güter mit Besitzern und Angestellten sowie Pferden und manchmal auch Vieh, bildeten Trecks, zogen während des Vormarschs der Roten Armee nach Westen und wurden häufig von dieser überrollt. Über die damit verbundenen Verluste, Leiden und Leistungen ist oft berichtet worden. Wie viele Personen dies betraf ist bis heute unklar.¹⁰

Die Verluste des Adels

Das Potsdamer Abkommen hatte unter anderem die ostelbischen Junker zu den Mitverantwortlichen an Krieg und NS-Verbrechen gezählt. Sie verloren in den Gebieten östlich der Oder und Neiße sowie in der Sowjetischen Besatzungszone Besitz und gesellschaftliche Stellung. Ihre Enteignung gehörte in der SBZ zu den Maßnahmen, die Nazis und Kriegsverbrecher entmachten sollten. Die Güter in der SBZ wurden daher mit der Bodenreform vom September 1945 an weitgehend und entschädigungslos enteignet, ob die Eigentümer Nazis bzw. Kriegsverbrecher waren oder nicht. Großgrundbesitz über 100 ha, insgesamt ein Drittel der bewirtschafteten Fläche der SBZ kam zur Verteilung, bei der Umsiedler, also Flüchtlinge, ebenso wie Landarbeiter bevorzugt werden sollten. Bis zum 1. Oktober 1947 nahmen, wie erwähnt, 85.701 Umsiedler eine Neubauernstelle an. Aber im Zeitraum von 1946 bis 1952 gaben 38,4 Prozent aller eingerichteten Neubauernstellen in der SBZ bereits wieder auf.

Ein SED-Minister Sachsen-Anhalts, der Altkommunist Robert Siebert, berichtete 1959 von der Bodenreform in Sachsen Anhalt. Seine Zahlen sind von verschiedenen Autoren wiederholt worden.

9 Ich stütze mich in dieser knappen Zusammenfassung des letzten Absatzes auf meine erfahrungsgeschichtlichen Studien zu Flüchtlingen und Vertriebenen, vgl. vor allem die erwähnte Arbeit zusammen mit Wolfgang Meinicke zu Flüchtlingen in der SBZ und DDR (Plato/Meinecke 1992) und die Arbeit zu Flüchtlingen und Einheimischen im Ruhrgebiet (Plato 1985, 1995, 2000, 2003).

10 Vgl. hierzu vor allem das Schicksalsbuch I des Sächsisch-Thüringischen Adels 1945 (von Watzdorf/von Kott-Colomb/von Kott-Colomb 2005 a).

Demnach wurden in Sachsen-Anhalt dem Bodenfonds bis 1950 übergeben: „3146 Objekte mit 719.777 ha; davon Ackerland 400.000 ha, Wald 221.000 ha, der Rest bestand aus Wiesen, Weiden u.a. Enteignet wurden: 1.841 Großgrundbesitzer mit über 100 ha. und 739 Nazis und Kriegsverbrecher, insgesamt also 2580 Personen“ (zit. nach Plato/Leh ²2010: 260 f.).

Siebert führt dann eine Fülle von Namen an, lauter Fürsten, Herzöge, Grafen und Barone – die Großbauern werden hier nicht erwähnt. Er berichtet, dass „34.329 Landarbeiter, 19.376 landarme Bauern, 22.915 Kleinpächter, 13.986 Umsiedler, 32.488 Industriearbeiter und sonstige Werktätige“ mit 0,7 bis 7,5 ha in den Genuss der Bodenreform gekommen seien – also verhältnismäßig wenig Umsiedler. Er fasst zusammen: 2.580 Fürsten, Grafen, Barone, Junker. Nazi- und Kriegsverbrecher wurden ohne Entschädigung enteignet, aber 123.094 Landarbeiter, landlose Bauern, Umsiedler haben das Land, Vieh, Gebäude usw. erhalten.

In Sachsen wurden 1.155 Gutswirtschaften im Zuge der Bodenreform enteignet. Und wie überall wurde das Inventar inklusive des Mobiliars, der Kunstgegenstände, des Geschirrs, des Silbers usw. abtransportiert, wenn die Besitzer nicht rechtzeitig etwas in den Westen bringen konnten.¹¹ Die betroffenen Adligen selbst betonen nicht nur die Unrechtmäßigkeit dieser Enteignung, sondern auch die wirtschaftliche Unsinnigkeit und erklären, dass die Masse derjenigen, die in den Genuss dieser Bodenreform kamen, ebenfalls gegen die Bodenreform gewesen seien.

Eine Reihe der adligen Grundbesitzer wurde im Umfeld der Bodenreform verhaftet, in Sammellagern zusammengefasst oder/und in Speziallagern inhaftiert. Unter den ca. 150.000 deutschen Häftlingen der sowjetischen Speziallager in der SBZ waren auch adlige Grundbesitzer. Es gibt zwar inzwischen viele Transport- und einige Totenlisten aus den entsprechenden Gedenkstätten, aber meines Wissens sind sie noch nicht systematisch nach adligen Inhaftierten durchgesehen worden oder können dies vermutlich auch nicht wegen mangelhafter Angaben. Aber die Totenlisten weisen eine Reihe von Namen aus, die im „Gotha“, dem Vorläufer des Genealogischen Handbuchs des (deutschen) Adels verzeichnet sind, von denen aber zumeist nicht klar ist, wann und in welchem Zusammenhang sie verhaftet wurden oder starben. Es gibt jedoch Dokumente, die belegen, dass es nach der Enteignung zu Verhaftungen auch von Angehörigen des Adels gekommen ist (von Watzdorf/von Kott-Colomb/von Kott-Colomb 2005 b).¹²

Erfahrungsgeschichtliche Annäherungen

Eine erfahrungsgeschichtliche Untersuchung über den geflohenen Adel gibt es noch nicht. Auch ich habe nicht speziell über adlige Flüchtlinge gearbeitet, aber in meinen allgemeinen Forschungen über Flüchtlinge und Vertriebene oder in meinen anderen erfahrungsgeschichtlichen Arbeiten zur Nachkriegszeit, besonders im Ruhrgebiet oder in Dresden und zur Wiedervereinigung sind mir auch adelige Vertriebene und Flücht-

11 Die Zahl wird genannt im Schicksalsbuch II des Sächsisch-Thüringischen Adels 1945-1989/Wende (von Watzdorf/von Kott-Colomb/von Kott-Colomb 2005 b). Beide Schicksalsbücher publizieren neben Vorworten und Einleitungen eine Fülle von persönlichen Lebensberichten.

12 Vgl. auch ein Projekt zu den sowjetischen Speziallagern in Deutschland, in dem wir zu dem Schluss kamen, dass dort vermutlich insgesamt ca. 189.000 Personen interniert waren inklusive der verhafteten sowjetischen Soldaten. Etwas mehr als ein Drittel der Insassen ist umgekommen (vgl. dazu: Plato 1998).

lingen „untergekommen“, insgesamt 19, also eine relativ kleine Gruppe. Dennoch geben diese lebensgeschichtlichen Interviews einige Hinweise oder eröffnen Fragekomplexe, die ich im Folgenden entwickeln möchte.

Die meisten derjenigen, die ihr Land verloren, gingen in den Westen und mussten nun – wie viele Adlige aus dem Osten zuvor – einen Neuanfang versuchen. So hoch der Fall des Adels – betrachtet man den Verlust an Eigentum, Einfluss und Privilegien – auch ist, auf den zweiten Blick ist dieser Fall dennoch abgefederter als bei der Masse der Vertriebenen. Im Vergleich zu anderen Flüchtlingsgruppen fällt bei den Adligen auf, dass sie über soziales und kulturelles Kapital verfügten, das ihnen Chancen eröffnete, die andere nicht hatten.

Dieses soziale Kapital zeigte sich schon während der Organisation und Durchführung der Trecks, die über lange Strecken, manchmal über tausend und mehr Kilometer gingen. Schaut man sich die Stationen der Trecks an, so fällt auf, dass sie zu meist von Gut zu Gut gen Westen zogen, häufig bei Verwandten auf ebenfalls bedrohten Gütern Halt machten, so gut es ging ernährt wurden und für Tiere und Menschen Rast bekamen. Auch andere Raststationen konnten von adligen Bekannten oder Verwandten organisiert werden. Sogar noch in den Westzonen zogen sie zunächst zu anderen Gütern,¹³ ehe sich die Trecks auflösten, die Einzelnen ausgemachte Treffpunkte aufsuchten und allein oder bei Verwandten eine Ausgangsbasis erhielten, von wo aus sie sich auf das neue Leben vorbereiteten. Hier gab es also Verbindungen, häufig verwandtschaftliche, die andere Gruppierungen nicht oder nicht in diesem Ausmaß besaßen. Manche erhielten von ihren Verwandten mehr als nur eine kurze Aufnahme und wurden an andere Standesgenossen in neue Berufe vermittelt oder erhielten zeitweilig oder länger Unterstützung von Familien- bzw. Adelsverbänden. Eberhard Fechner beispielsweise hat in seinem Film „Im Adelsstift“ einige alleinstehende Damen aus dem Osten befragt, die sogar langfristig Wohnraum und Unterstützung bekamen (Fechner 1984).

Bei meinen Arbeiten über das Ruhrgebiet war auffällig, dass eine ganze Reihe ehemaliger Stabsoffiziere aus dem Adel höhere Funktionen in Industrievorständen erhalten hatte. Es gab „Konnexe“ sowohl aus dem Militär und aus (schlagenden) Verbindungen sowie aus dem sonstigen gemeinsamen Umfeld.¹⁴ Dasselbe galt etwas später für Diplomaten und nach Gründung der Bundeswehr auch für Militärs. Es war und ist allen jungen Adligen klar, zu welchen militärischen Verbänden sie zu gehen hatten und haben; in Niedersachsen – und vermutlich nicht nur dort – ging und geht „man“ zu den Panzeraufklärern, ob Spross einer adligen Einheimischen oder einer adligen Flüchtlingsfamilie.

Man lernte auch schnell, welche Schulen man zu besuchen hatte, wo die adligen Kinder ihresgleichen fanden und manchmal auch Unterstützung. In manchen Interna-

13 In dieser Frage sind meine Eltern, begrenzt auch ich, Zeugen dieser Zeit und der Entwicklung in diesem Milieu, da ich von einem Gut stamme, das 1945/1946 bis zu 99 Flüchtlinge aufnahm. Meine Mutter gewann außerdem ziemlich resolut andere Gutsbesitzer für die Aufnahme von Flüchtlingsgruppen oder Trecks, die auf unserem Hof nicht mehr unterkommen konnten. Meistens handelte es sich um Verwandte und ihren Anhang, mit denen meine Familie zum Teil bis heute Kontakt hat.

14 Beispielsweise Victor von Schweinitz (1908-1985), der an den Verhandlungen über die Teilkapitulation der deutschen Wehrmacht in Italien beteiligt war und später eine leitende Funktion bei Ferro-Stahl einnahm. Mit ihm führte ich bereits 1981 ein Gespräch.

ten gab es den Witz, dass zwei reiche (Hamburger, Frankfurter oder sonstige) Bürger einen verarmten Adelsflüchtling aus dem Osten durchzubringen hatten.

In den 1950er und frühen 1960er Jahren lernten manche ältesten Söhne noch Berufe, die sie auf ihren Einsatz in der alten Heimat, zum Teil als Landwirte oder Förster, vorbereiten sollten. Das scheint nach meinen Gesprächen vor allem für jene zu gelten, die aus der SBZ/DDR kamen, während die aus dem entfernten Osten schon früher, vermutlich seit dem Ende der 1960er Jahre und der Entspannungspolitik nicht (mehr) an eine baldige Heimkehr glaubten. („Was der Iwan einmal hat, das gibt er nicht mehr raus.“)

In den adligen Flüchtlingsfamilien achtete man besonders auf „gute Manieren“ und Umgangsformen. Diese wurden in einem Interview explizit als „Kapital“ bezeichnet, das die Jungen und Mädchen aus ihren nun besitzlosen Familien mitbrachten und das wesentlich für das Fortkommen in der Nachkriegswelt gewesen sei (und dies in einer „vor-Bourdieschen“ Zeit).¹⁵

In jeder Gruppe, besonders in Eliten, gibt es Verhaltensweisen, Kleidernormen, Umgangsformen, Ausdrucksweisen und „Signets“, durch die man sich von anderen absetzen will – „Distinction“ à la Bourdieu (1979). Bei Adligen ist dies nicht anders und war wesentlich vor allem für die „Habenichtse“ aus dem Osten, um wenigstens ideell oder „habituell“ dazu zu gehören. Dazu zählen neben den „guten Manieren“ die dezente Eleganz, in der alles „zu“ abgelehnt wurde: nicht zu auffällig sollte man und frau auftreten, in dezenten Farben, ohne zu weite Ausschnitte, zu hohe Stöckelschuhe oder zu „knalligen“ Lippenstift oder Make-up. Verbreitet waren (und sind) dagegen Schottenröcke mit Pulli und Perlenkette bei der Frau oder die Tweedjacke mit Cord- oder Jägerhose und dick besohnten Lederschuhen bei den Männern. Schwer war es für adlige Flüchtlinge, das antike Geschirr und das Silberbesteck möglichst mit Wappen, die antiken Möbel, „geschmackvolle“ Gardinen, Tapeten, Kissenbezüge und Lampenschirme zu besorgen, die man sich aber wieder anschaffte, sobald dies irgend möglich war; auch Gemälde von Vorfahren in Öl durften nicht fehlen, manchmal von echten Vorfahren, die man von Nicht-Flüchtlingen aus der Verwandtschaft bekommen hatte, manchmal waren es „unechte“. Das wichtigste Signet war und ist jedoch der Siegelring mit dem Familienwappen, den Jünglinge und junge Mädchen zur Initiation, meistens zur Konfirmation in der protestantischen Welt, bekamen und bekommen. Auch bestimmte Ausdrucksformen waren wichtig: Wer beispielsweise als Antwort auf eine Vorstellung „Angenehm“ sagte, war und ist „out“. Zum guten Ton gehörte, dass man oder frau dann beispielsweise fragte: „Ach, Sie sind also die Mutter/Vater/Tochter/Sohn/Tante/Onkel/Cousin oder Cousine von XY.“ (das „von“ wurde und wird nicht genannt). Und meistens lag man dabei richtig, so eng wie die heutigen ca. 85.000 Adligen in Deutschland untereinander verflochten sind, zumindest regional. Der richtige Handkuss gehörte dazu und natürlich die richtige Anrede (z.B. „gnädige Frau“) bei persönlichen Treffen oder bei Anschreiben („IH“ = Ihre Hochwohlgeborene plus Namen bzw. SH – Seine Hochwohlgeborener), wobei die familiären Anschreiben nur an den Mann gingen und häufig immer noch gehen.

15 So der Interviewpartner Herr von Menges, den ich 1989 interviewte und der ebenfalls eine leitende Funktion in der Ruhrindustrie innehatte (Bestand „AvP“ im Archiv „Deutsches Gedächtnis“ im Institut für Geschichte und Biographie der Fernuniversität in Hagen).

Überhaupt stellt das Geschlechterproblem eine echte Herausforderung für die Adelsverbände nach Flucht und Vertreibung dar; denn eigentlich konnte man nur Ritter in einer Ritterschaft, der meist regionalen Interessensvertretung des Adels, werden, wenn man einen größeren Grundbesitz und ein Kastell vorweisen konnte. Das wurde nach Flucht, Vertreibung und Bodenreform im Osten, aber auch nach den vielen Pleitegängen von Gütern im Westen zunehmend obsolet, so dass man diese Voraussetzungen abschwächte.

Zu einer solchen Art „Distinction“ gehört natürlich das Heiratsverhalten. Um Heiraten innerhalb des Adels zu ermöglichen, wurden Veranstaltungen oder Jugendfahrten („Adel auf Radel“, das sind Jugendfahrten vorzugsweise von Gut zu Gut oder in die verlorenen Ostgebiete) und natürlich die Adelsbälle organisiert, sobald dies möglich war. Manchmal waren dies regionale Bälle (zum Beispiel der „Kurmärker Ball“), auf denen die Flüchtlingsfamilien sich bzw. ihren Nachwuchs präsentieren oder mit dem „hiesigen“ Adel verbinden konnten. Manchmal führte dies zu Aufspaltungen zwischen den bürgerlichen, wenig standesgemäßen Freunden und Kollegen aus der Nachbarschaft oder der Schule einerseits und den standesgemäßen Freunden aus dem adligen Milieu andererseits. Und waren die Adelsveranstaltungen erfolgreich, das heißt folgten daraus Hochzeiten, dann „zeigte“ der Bräutigam die bevorstehende Heirat mit „Fräulein von XY“ „an“, während die Braut von ihren Eltern als Zukünftige des Herrn von XY vorgestellt wurde.¹⁶ All dies und mehr lernten die adligen Jugendlichen von ihren Eltern, auch wenn sie selber in ganz anderen Milieus, besonders nach Flucht und Vertreibung aufgewachsen waren.

Das ist die eine Seite – die abfedernde. Aber es gibt natürlich auch die andere: die vielen Klagen über die Behandlung als die „armen Schlucker“ aus dem Osten, über die mangelnde Hilfe von einem Teil der Standesgenossen, über die Demütigung, wie ein „Irgendwer“ behandelt worden zu sein, obwohl man aus demselben Milieu (demselben „Stall“), häufig sogar mit größeren Gütern, höheren Adelsprädikaten und bedeutungsvolleren Stellungen im Osten stammte. Es gibt überdies Berichte über innerfamiliäre Auseinandersetzungen, weil manche Kinder aus vertriebenen Adelsfamilien nicht in dieser Standeswelt leben wollten, die für sie kaum mit ihrer aktuellen Wirklichkeit in Einklang zu bringen sei.¹⁷

Das hieße, dass diese „Strategien der Distinction“, die eigentlich als Abgrenzung des eigenen Milieus nach außen funktionierten, auch eine Seite der Distinktion nach innen hatten. Die gab es schon zuvor, zum Beispiel als Widersprüche zwischen dem städtisch-höfischen und dem ländlichen Adel, zwischen den verschiedenen Hierarchien und anderen mehr. Aber sie erscheint mir verschärft als eine Folge der Flucht und Vertreibung, auch der allgemeinen Abnahme der Adligen mit Grundbesitz in der Nachkriegszeit im Westen. Diese Abgrenzung nach innen musste natürlich von adligen Flüchtlingen als Zumutung empfunden werden.

16 Adlige Frauen übrigens, die einen „Bürgerlichen“ heirateten, wurden aus dem Adelsregister gestrichen, dagegen bürgerliche Frauen, die einen Adligen ehelichten, in dasselbe aufgenommen. Das mutet nicht nur „vormodern“ an, sondern steht in Widerspruch zu der großen Bedeutung, die den adligen Flüchtlingsfrauen zu Recht zugeschrieben wurden, die – wie erwähnt – maßgeblich die Flucht und das Nachkriegsleben organisierten.

17 So hat zum Beispiel die Publizistin und Politikerin Jutta von Ditzfurth, die 1951 geboren wurde, das „von“ aus ihrem Namen gestrichen.

Exkurs

Ein Exkurs zum Schluss: 1989/90 und danach versuchte eine ganze Reihe von adligen Familien in der noch existierenden DDR und danach in den neuen Bundesländern, ihre alten Ländereien mit oder ohne die alten Herrenhäuser wieder zu bekommen. Dass ihnen das verwehrt wurde oder sie dafür bezahlen mussten, dass es also keine einfache Rückgabe gab, hat große Empörung bei ihnen ausgelöst, obwohl auch ihnen klar war, dass nach fünfzig Jahren neuer Besitzverhältnisse die einfache Rückgabe zur Empörung, wenn nicht zu sozialen Verwerfungen auf der Seite der neuen Besitzer geführt hätte. Es gab sogar Annoncen in den großen Tageszeitungen, in denen frühere Großgrundbesitzer die Angehörigen der Regierungen Kohl und de Maizière als Betrüger bezeichneten, weil sie die Enteignungen in der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone, also bis 1949, nachträglich gerechtfertigt hätten. Die Regierungen und später auch das Bundesverfassungsgericht hatten in der Tat argumentiert, dass die sowjetische Regierung unter Michael S. Gorbatschow der Wiedervereinigung nur zugestimmt hätte, wenn die wesentlichen Maßnahmen unter der sowjetischen Besatzung bis 1949 nicht rückgängig gemacht würden; dazu zählte auch die Bodenreform mit den Enteignungen bis 1949 im Gegensatz zu denen nach 1949. Gorbatschow selbst hat sich dazu zunächst verschwommen, dann aber verneinend geäußert. Dennoch gehe ich nach meinen Arbeiten zu den internationalen Aspekten der Wiedervereinigung davon aus, dass Gorbatschow und sein damaliger Außenminister Eduard Schewardnadse diese Bedingungen als Voraussetzungen für die Unterzeichnung des Zwei-plus-Vier-Vertrages gestellt hatten. Um diese Bedingungen festzuhalten, musste ein Brief über die gemeinsamen Verabredungen auch mit einem Siegel der DDR angefertigt werden, das erst aus der alten DDR-Botschaft besorgt werden musste, wie Lothar de Maizière berichtete.¹⁸ Einige der von mir zu diesem Thema befragten Adligen, darunter einer, der bei den Verhandlungen dabei war,¹⁹ meinen allerdings, dass ein solcher Brief nicht dieselbe völkerrechtliche Bedeutung hätte wie der Vertrag selbst und dass die Bundesregierung die Rückgabe trotz dieses Briefes hätte ermöglichen können.²⁰ Diejenigen, die ihre alten Ländereien und Herrenhäuser wieder beschafft hatten, nehmen außerdem für sich in Anspruch, dass diese heute in besserem Zustand seien, als diejenigen, die die Kommunen oder Länder bewirtschaften. Und die Bundesrepublik hätte sich durch die faktische Fortsetzung der Enteignung vor 1949 nach 1990 extrem bereichert. Dass jedoch auf der anderen Seite die neuen Besitzer nach der Enteignung durch die Bodenreform eine solche Aktion „Bauernland in Junkerhand?“ (so ein PDS-Slogan von 1989 – allerdings mit Fragezeichen) als eine neue Enteignung nach der Wiedervereinigung und als ein neues unakzeptables Unrecht empfunden hätten, liegt auf der Hand.

18 Lothar de Maizière im „Lüdenscheider Gespräch“ mit mir am 1. November 200 (Videoaufzeichnung im Archiv „Deutsches Gedächtnis“ im Institut für Geschichte und Biographie der Fernuniversität in Hagen). Vgl. auch Plato 2010: 358 ff.

19 Diese Person ist mir bekannt, hat mir gegenüber diese Behauptung wiederholt, möchte allerdings anonym bleiben.

20 Eine Gegenposition nimmt Constanze Paffrath (2004) ein.

Fazit

Flucht und Vertreibung des deutschen Adels aus den Gebieten östlich der Oder und Neiße sowie aus der SBZ/DDR um und nach 1945 haben mit dem Verlust an Eigentum und gesellschaftlicher Stellung zu einem weiteren Niedergang dieses „Standes“ geführt. Zugleich legt diese Voruntersuchung nahe, dass das „soziale Kapital“, also die verwandtschaftlichen, gesellschaftlichen und beruflichen Beziehungen, die gemeinsamen Umgangsformen und Manieren, die ähnlichen Ausbildungsformen, das Heiratsverhalten usw. zu ungleich besseren Integrationsmöglichkeiten geführt hatten als bei anderen Flüchtlingsgruppen – trotz vielfältiger Schwierigkeiten, im Westen Fuß zu fassen. In begrenzter Weise haben aber gerade die Verluste bei gleichzeitiger Wirkung des sozialen Kapitals dazu geführt, dass das Selbstbewusstsein über die eigene Besonderheit als Elite bei einem Teil der Adligen wuchs, bei einem anderen Teil aber auch eine Ablehnung jedweder Haltung hervorrief, die adlige Abstammung könne überhaupt als Zeichen irgendeiner eigenen Leistung begriffen werden.

Diese Untersuchung zeigt aber auch, dass eine Erfahrungsgeschichte des geflohenen deutschen Adels in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts noch aussteht. Es fehlt insbesondere an Untersuchungen über die Entscheidungen für die Flucht in den verschiedenen Regionen, über die Erlebnisse der Beteiligten bei Beginn, Verlauf und Durchführung sowie über deren Auswirkung nach dem Neubeginn im Westen auf die Lebenswege der beteiligten und der nächsten Generationen. In diesem Aufsatz konnten nur einige wenige erfahrungs- und lebensgeschichtliche Linien für eine solche Arbeit gezogen werden. Die Überlegungen und Thesen an dieser Stelle können höchstens Anregungen bieten für kommende kulturwissenschaftliche Forschungen zu diesem Thema.

LITERATUR

- Benz, Wolfgang (1985): Der Generalplan Ost. Zur Germanisierungspolitik des NS-Regimes in den besetzten Ostgebieten 1939–1945, in: Wolfgang Benz (Hg.): Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen, Frankfurt am Main, 39–48.
- Benz, Wolfgang (1985): Vierzig Jahre nach der Vertreibung, in: Wolfgang Benz (Hg.): Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen, Frankfurt am Main, 7–11.
- Benz, Wolfgang (Hg.) (1985): Die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten. Ursachen, Ereignisse, Folgen, Frankfurt am Main (überarbeitet 1993).
- Benz, Wolfgang (2000): Geschichte des Dritten Reiches, München.
- Bourdieu, Pierre (1979): La Distinction. Critique sociale du Jugement, Paris (Deutsch: Die feinen Unterschiede, Frankfurt am Main 1982).
- De Zayas, Alfred M. (1977): Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen. Vorgeschichte, Verlauf, Folgen, München (3. erg. Aufl. von 1985).
- Douglas, Ray M. (2012): „Ordnungsgemäße Überführung“. Die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg, München.
- Edding, Friedrich (1959): Die wirtschaftliche Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge in Schleswig-Holstein, Berlin.
- Fechner, Eberhard (1984): Im Damenstift (Film).
- Hoffman, Dierk, Krauss, Marita und Schwartz, Michael (Hg.) (2000): Vertriebene in Deutschland. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven, München.

- Just, Regine (1987): Zur Lösung des Umsiedlerproblems auf dem Gebiet der DDR 1945 bis Anfang der 50er Jahre, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, 35. Jahrgang, Heft 11, 971-984.
- Just, Regine (1985): Die Lösung der Umsiedlerfrage auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik, dargestellt am Beispiel des Landes Sachsen (1945-1952), Dissertation A, Magdeburg.
- Kleßmann, Christoph (²1991): Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955, Göttingen.
- Kollai, Helmut Rudi (1959): Die Eingliederung der Vertriebenen und Zuwanderer in Niedersachsen, Berlin.
- Křen, Jan (1996): Tschechisch-deutsche Beziehungen in der Geschichte. Von Böhmen aus betrachtet, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament*, B 28/96, 5. Juli 1996, 21-27.
- Lehmann, Albrecht (1991): Im Fremden ungewollt zu Hause. Flüchtlinge und Vertriebene in Westdeutschland 1945-1990, München.
- Meinicke, Wolfgang (1988): Zur Integration der Umsiedler in die Gesellschaft 1945-1952, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (der DDR)*, 26. Jahrgang, Heft 10, 867-878.
- Paffrath, Constanze (2004): Macht und Eigentum. Die Enteignungen 1945-1949 im Prozeß der deutschen Wiedervereinigung. Böhlau, Köln.
- Pfister, Bernhard (Hg.) (1955): Reihe der Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften: Untersuchungen zum deutschen Vertriebenen- und Flüchtlingsproblem.
- Plato, Alexander von (Hg.) (1998): Studien und Berichte, Band 1 der Reihe „Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950“, Reihe hg. von S. Mironenko, L. Niethammer, A. v. Plato (Koordination) in Verbindung mit V. Knigge und G. Morsch, Berlin.
- Plato, Alexander von (1985): Fremde Heimat. Zur Integration von Flüchtlingen und Einheimischen in die Neue Zeit, in: Lutz Niethammer und Alexander von v. Plato (Hg.): *Wir kriegen jetzt andere Zeiten. Auf der Suche nach der Erfahrung des Volkes in nachfaschistischen Ländern*, Bonn/Berlin, 172-219.
- Plato, Alexander von (1995): Flüchtlinge, Umgesiedelte und Vertriebene in Ost und West, in: J. P. Barbian und L. Heid (Hg.): *Zwischen gestern und morgen. Kriegsende und Wiederaufbau*, Essen, 106-123.
- Plato, Alexander von (2000): Vergangene Perspektiven? Schwerpunkte, Fragen und Probleme der Flüchtlingsforschung vor und nach der Wende, in: Dierk Hoffman, Marita Krauss und Michael Schwartz (Hg.): *Vertriebene in Deutschland. Interdisziplinäre Ergebnisse und Forschungsperspektiven*, München, S. 87 – 107.
- Plato, Alexander von (2006): Flüchtlinge und Fluchtverarbeitung in Ost und West, in: Clemens Burrichter, Detlef Nakath und Gerd-Rüdiger Stephan: *Deutsche Zeitgeschichte von 1945 bis 2000. Gesellschaft – Staat – Politik (mit CD-Rom)*, Berlin.
- Plato, Alexander von (³2010): Die Vereinigung Deutschlands. Ein internationales Machtspiel, Berlin (aktualisierte und erweiterte Ausgabe auf Englisch: *The End of the Cold War? Bush, Kohl, Gorbachev and the Reunification of Germany*, Oxford/New York 2015).
- Plato, Alexander von und Leh, Almut (²2010): Ein unglaublicher Frühling. Erfahrungsgeschichte Deutschlands 1945 bis 1949, Bonn.
- Plato, Alexander von und Wolfgang Meinicke (1992): *Alte Heimat – Neue Zeit. Flüchtlinge, Umgesiedelte, Vertriebene in der SBZ und DDR*, Berlin.
- Plato, Alexander von, Almut Leh und Christoph Thonfeld (Hg.) (2008): *Hitlers Sklaven, Lebensgeschichtliche Analysen zur Zwangsarbeit im internationalen Vergleich*, Wien (Englisch: *Hitler's Slaves. Life Stories of Forced Labourers in Nazi-Occupied Europe*, New York/Oxford 2010).
- Reichling, Gerhard (1989): Die deutschen Vertriebenen in Zahlen. Teil II: 40 Jahre Eingliederung in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn.

- Schieder, Theodor (Bearb.) (1954-1961): Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, in Verbindung mit Adolf Distelkamp, Rudolf Laun, Peter Rassow und Hans Rothfels, herausgegeben vom Bundesministerium für Vertriebene, fünf Bde. 1954 bis 1961 (Reprint 1984 in neun Bänden im Deutschen Taschenbuch-Verlag, München 1984).
- Spiethoff, Bodo (1957): Untersuchungen zum bayerischen Flüchtlingsproblem, Berlin 1955; Gertrude Stahlberg, Die Vertriebenen in Nordrhein-Westfalen, Berlin.
- Waldmann, Peter (²1979): Die Eingliederung der ostdeutschen Vertriebenen, in: Josef Becker, Theo Stammen, Peter Waldmann (Hg.): Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen Kapitulation und Grundgesetz, München, 165-197.
- Watzdorf, Adam von, Agnes und Henning von Kott-Colomb (Hg.) (2005): Schicksalsbuch I des Sächsisch-Thüringischen Adels 1945, Limburg an der Lahn.